



**Gesetz über die Beherbergungsabgabe
Erhöhung der Beherbergungsabgabe und Festsetzung der Abgabehöhe durch den
Regierungsrat**

Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission
vom 25. März 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat die Vorlage Nr. 3905.2 - 18117 am 28. Januar 2026 und am 25. März 2026 beraten. Ein Stawiko-Mitglied war auch Mitglied der vorberatenden Kommission. Finanzdirektor Heinz Tännler vertrat die Meinung des Regierungsrats. Das Protokoll führte Peter Berchtold, Stawiko-Sekretär. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

1. Ausgangslage
2. Eintretensdebatte
3. Detailberatung
4. Schlussabstimmung
5. Anträge

1. Ausgangslage

Das Gesetz über die Beherbergungsabgabe sieht seit 2015 einen Gebührenrahmen von 90 Rappen bis 2 Franken vor und überlässt die konkrete Festsetzung den Gemeinden. In der Praxis resultieren heute vier unterschiedliche Abgabeansätze sowie entsprechend unterschiedliche Ablieferungen an Zug Tourismus. Diese Uneinheitlichkeit sei für Übernachtungsgäste wenig nachvollziehbar; zudem gelte die Abgabehöhe im Vergleich mit anderen Destinationen als nicht mehr zeitgemäss.

Mit dieser Vorlage möchte der Regierungsrat die Beherbergungsabgabe künftig kantonal vereinheitlichen. Vorgesehen ist, dass der Regierungsrat – nach Rücksprache mit den Gemeinden sowie dem Verband der Beherbergungsbetriebe im Kanton Zug (HotellerieSuisse Zugerland) – sowohl die Abgabe als auch eine Mindestablieferung an Zug Tourismus in einer neu zu erlassenden Verordnung festlegt. Geplant sind eine Abgabe von 3.50 Franken sowie eine Mindestabgabe von 2.45 Franken an Zug Tourismus. Damit soll insbesondere die Einführung einer digitalen Zug Card ermöglicht werden, welche Übernachtungsgästen die freie Nutzung des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zug sowie Vergünstigungen bei kulturellen und touristischen Angeboten gewährt.

Die vorberatende ad-hoc-Kommission trat stillschweigend auf die Vorlage ein. Sie lehnt eine Delegation der Kompetenz an den Regierungsrat sowie eine kantonal einheitliche Festsetzung der Beherbergungsabgabe ab und beantragt, die Zuständigkeit weiterhin bei den Gemeinden zu belassen. Gleichzeitig beantragt sie, den Mindestansatz der Beherbergungsabgabe von 90 Rappen auf 1.50 Franken sowie die Mindestabgabe an Zug Tourismus von 45 Rappen auf 1.50 Franken anzuheben. Zudem beantragt die vorberatende ad-hoc-Kommission, den bisherigen Höchstansatz von 2 Franken aufzuheben, um den Gemeinden einen grösseren Handlungsspielraum zu belassen und einen kurzfristigen erneuten Anpassungsbedarf des Gesetzes zu vermeiden.

2. Eintretensdebatte

Es wird Antrag auf Nichteintreten gestellt, da diese Vorlage keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen für den Kanton habe und deshalb nicht von der Stawiko beraten werden müsse. Die finanziellen Auswirkungen würden erst mit dem Abschluss der Leistungsvereinbarung mit Zug Tourismus eintreten.

Dem wird entgegengehalten, dass mit allfälliger Annahme des Antrags der vorberatenden Kommission eine betragsliche Differenz bei der Finanzierung der Zug Card entstehe, welche voraussichtlich vom Kanton bei Abschluss der Leistungsvereinbarung gedeckt werden müsse. Somit habe der Antrag der vorberatenden Kommission finanzielle Auswirkungen für den Kanton.

→ Die Stawiko ist mit 6 : 1 Stimmen auf die Vorlage eingetreten.

3. Detailberatung

An der Sitzung vom 28. Januar 2026 wird der Antrag gestellt, den Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission vor der Beratung durch die Stawiko, den Gemeinden zur Vernehmlassung zuzustellen. Es handle sich um eine grundlegende Änderung gegenüber der Vorlage des Regierungsrats, zu welcher sich die Gemeinden in der Vernehmlassung nicht hätten äussern können. Es sei deshalb notwendig, vor der Beratung durch die Stawiko eine Rückmeldung der Gemeinden zum Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission zur Verfügung zu haben. Es bestehe keine zeitliche Dringlichkeit für die Beratung im Kantonsrat. Da der Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission noch nicht veröffentlicht wurde, seien die Gemeinden aber auf das Kommissionsgeheimnis gemäss § 27 des Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (BGS 141.1, GO KR) hinzuweisen.

→ Die Stawiko stimmt mit 6 : 1 Stimmen dem Antrag zu, den Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission vor der weiteren Detailberatung in der Stawiko, den Gemeinden zur Vernehmlassung zuzustellen.

Ergebnisse Kurz-Vernehmlassung

Alle Einwohnergemeinden, die Gemeindepräsidentenkonferenz der Zuger Gemeinden sowie HotellerieSuisse Zugerland haben eine Stellungnahme zu beiden Anträgen des Regierungsrats und der vorberatenden ad-hoc-Kommission eingereicht:

Gemeinde / Organisation	Antrag Regierungsrat	Antrag vorberatende Kommission
Baar	X	
Cham	X	
Hünenberg	X	
Menzingen	X	
Neuheim	X	
Oberägeri	X	
Risch	X	
Steinhausen	X	
Unterägeri	X	
Walchwil	X	X
Zug	X	
Gemeindepräsidenten-Konferenz	X	
HotellerieSuisse Zugerland	X	

Einzelne Gemeinden unterstützen zwar den Antrag des Regierungsrats, würden aber gerne folgende Anpassungen vornehmen:

- Obwohl die Gemeinde Menzingen den Antrag des Regierungsrats unterstützt, soll die Abgabenhöhe für die touristischen gemeindlichen Angebote individuell durch die Gemeinden und nicht durch den Regierungsrat festgesetzt werden.
- Die Gemeinde Risch unterstützt ebenfalls grundsätzlich den Antrag des Regierungsrats. Allerdings erachtet der Gemeinderat die gegenüber dem ursprünglichen Antrag vorgenommene Reduktion der Beherbergungsabgabe auf 3.50 Franken als zu gering. Er beantragt deshalb, die Beherbergungstaxe in den Bereich von 2.50 Franken zu reduzieren.
- Der Gemeinderat Walchwil befürwortet die Einführung der Zug Card. Er spricht sich aber gegen eine Kompetenzdelegation an den Regierungsrat und eine einheitliche Festsetzung der Beherbergungsabgabe aus und will die Kompetenz zur Festsetzung bei den Gemeinden belassen. Der Höchstwert der Beherbergungsabgabe von derzeit 2 Franken soll aufgehoben werden.

Weitere Ausführungen der Gemeinden können der Beilage «Ergebnis Kurz-Vernehmlassung zur Änderung des Gesetzes über die Beherbergungstaxen» entnommen werden.

Aus der Stawiko wird einerseits bemerkt, dass eine einheitliche Beherbergungsabgabe nicht zwingend sein müsse. Je nach Höhe des Unterkunftspreises könne die Abgabe einen wesentlichen Anteil an den Gesamtkosten für den Gast bedeuten (Stichworte: Lager oder Unterbringung für Beeinträchtigte).

Andererseits wird entgegnet, dass sich die Gemeinde und auch HotellerieSuisse Zugerland im Grundsatz für den Antrag des Regierungsrats und somit auch für eine einheitliche Beherbergungsabgabe ausgesprochen hätten. Beim Antrag der vorberatenden Kommission müsse davon ausgegangen werden, dass der Kanton im Rahmen der Leistungsvereinbarung einen höheren Beitrag leisten müsste. Der Gast solle die notwendige Abgabe leisten, damit nicht höhere Kantonsbeiträge notwendig würden.

Die Stawiko kommt zum Schluss, dass zwischen den betroffenen Paragraphen ein derart enger sachlicher Zusammenhang besteht, dass über die vorliegenden Anträge des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission gesamthaft abgestimmt werden soll. Es werden auch keine weiteren Anträge gestellt.

➔ Die Stawiko stimmt mit 4 : 1 Stimmen ohne Enthaltungen für den Antrag des Regierungsrats.

4. Schlussabstimmung

Die Stawiko beschliesst mit 4 Ja- zu 1-Nein-Stimmen der Vorlage Nr. 3905.2 - 18117 zuzustimmen.

5. Anträge

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt Ihnen die Stawiko, auf die Vorlage Nr. 3905.2 - 18117 einzutreten und ihr gemäss Antrag des Regierungsrats zuzustimmen.

Edlibach, 25. März 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Tom Magnusson

Beilagen:

- Ergebnis Kurz-Vernehmlassung zur Änderung des Gesetzes über die Beherbergungstaxen inkl. Beilage
- Synopse